

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Michael Hofmann

Abg. Tim Pargent

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Harald Güller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Wolfgang Fackler

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Gerd Mannes

Abg. Florian Ritter

Staatsminister Albert Füracker

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

## **Haushaltsplan 2019/2020**

### **Einzelplan 06**

#### **für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat**

hierzu:

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/946, 18/947),

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/731, 18/732),

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/682 mit 18/688),

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/629 mit 18/631, 18/770),

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/895, 18/896)

Auch für die Aussprache zu diesem Einzelplan gilt die im Ältestenrat vereinbarte Gesamtrededzeit von einer Stunde und 31 Minuten. Auf die CSU-Fraktion entfallen 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten und auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk dürfen 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die FDP-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau" auf Drucksache 18/895 namentliche Abstimmung beantragt hat. Auf Wunsch der AfD-Fraktion soll über drei Änderungsanträge der Fraktion in einfacher Form abgestimmt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann. Herr Abgeordneter Hofmann, ich bitte Sie ans Rednerpult.

**Michael Hofmann (CSU):** (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über den Einzelplan 06 des Staatsministeriums für Finanzen. Ich freue mich, dass Sie heute früh schon so zahlreich erschienen sind, obwohl wir gestern bis etwa 23:30 Uhr getagt haben. Die einen oder anderen haben vielleicht noch etwas Luft nach oben.

Dieser Einzelplan ist für das Haushaltsdoppeljahr 2019/2020 mit über 5,6 Milliarden Euro ausgestattet. Er ist zugegebenermaßen nicht der größte, aber nichtsdestotrotz ein besonders wichtiger. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen erlaube ich mir, etwas grundsätzlicher in die Thematik einzusteigen. Wir konnten gestern vernehmen, dass aufgrund der Ergebnisse des Doppelhaushalts 2017/2018 noch einmal 4,2 Milliarden Euro in die Rücklage geflossen sind. Als Haushälter möchte ich an dieser Stelle darum bitten, das Glitzern in den Augen einzustellen und die Fantasien, was man alles mit diesem Geld machen könnte, zurückzufahren.

Bei den Beratungen über den Doppelhaushalt 2019/2020 haben wir intensive Diskussionen darüber geführt, inwieweit wir die Rücklagen, die wir für unsere Ideen und die Entwicklungen gut brauchen können, richtig eingeschätzt haben oder nicht. Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Finanzminister und seinem Ministerium dafür, dass es gelungen ist, diese Rücklagen aufgrund des im Jahr 2018 erzielten Ergebnisses wieder aufzufüllen. Unter dem Strich kann man sagen: Wir haben die richtigen Prioritäten gesetzt. Wir haben den Doppelhaushalt 2019/2020 mit dem nötigen Weitblick geplant. Da wir mit den Mitteln im früheren Doppelhaushalt sparsam und sorgfältig umgegangen sind, wussten wir, dass wir die Rücklagen auffüllen können. Sehr geehrte Damen und Herren, von daher haben wir alles richtig gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen. Ich bedanke mich natürlich auch bei all denjenigen, die dafür gesorgt haben, dass dieser Doppelhaushalt gut über die Runden gebracht werden kann. Ich bedanke mich vor allem beim Ministerium und bei den Steuerbeamten in unserem Lande, die ihre Arbeit sorgfältig und gewissenhaft erledigen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir lassen uns als Politiker zu Recht immer wieder dafür loben, dass wir die richtigen Prioritäten setzen. Das ist auch wichtig in der Politik. Wer die Prioritäten falsch setzt, kann in der Zukunft keine entsprechenden Effekte erzielen.

Bei der Beratung dieses Einzelplans muss ein herzlicher Dank an die Menschen in unserem Land angesprochen werden, die tagein, tagaus ihrer Arbeit nachgehen, die neue Ideen entwickeln, die in ihren Unternehmen die Arbeit leisten und damit dafür sorgen, dass dem Freistaat Bayern die Steuereinnahmen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gäbe es nicht diese fleißigen Menschen und diese fleißigen Unternehmer in unserem Land, hätte die Politik kein Geld auszugeben. Das sollten wir uns bei all den Debatten, die momentan hochkommen, immer wieder ins Gedächtnis rufen. In diesem Parlament gibt es politische Gruppierungen, die Politik offensichtlich nur unter dem Aspekt verstehen, welche neue Steuer denn noch eingeführt und wo bei den Unternehmen und den Steuerzahlerinnen und den Steuerzahlern noch weiteres Geld abgegriffen werden könnte. Ich verweise auf die Diskussion über die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, die gerade durch den Raum wabert.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund sind Diskussionen darüber, ob wir weitere Steuererhöhungen brauchen oder nicht, absolut kontraproduktiv und gehen in die falsche Richtung. Der entscheidende Punkt ist, dass wir dafür sorgen müssen, dass Innovationen und Gestaltungskraft in diesem Lande weiterhin eine gute Bahn haben. Das muss sich auch lohnen. Wer sich anstrengt und fleißig ist, muss das

am Ende des Tages auch in seinem Geldbeutel merken. Der Staat sollte sich deshalb keine neuen Steuern ausdenken oder Finanzüberlegungen anstellen. Das kann es nicht sein. Ich sage deshalb klipp und klar: Eine CO<sub>2</sub>-Steuer kommt in der Form, wie bisher darüber diskutiert wurde, überhaupt nicht infrage.

Auch die Grundsteuer kommt in der Form, wie sie derzeit vom Bundesfinanzminister diskutiert wird, nicht in Betracht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Grundsteuer keine verkappte Vermögenssteuer ist. Sie steht zunächst einmal unseren Kommunen im Land zu. Deshalb halte ich die schwierigen Vorgaben, die der Bundesfinanzminister in seinem Konzept machen möchte, für unverständlich. Wir würden danach etwa 2.000 bis 3.000 zusätzliche Steuerbeamte benötigen – die Schätzungen gehen hier noch auseinander –, nur um eine Steuer einzuschätzen, die die Gemeinden einnehmen und die am Ende ohnehin aufkommensneutral sein soll. Das kann es wirklich nicht sein. Die Schaffung von mehr Bürokratie für den gleichen Ausstoß wäre ein habebüchener Witz.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden heute wieder die gleichen Diskussionen erleben, die wir bereits im Ausschuss geführt haben. Dabei wird die Frage aufgeworfen werden, ob wir genügend Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte haben, die in diesem Zusammenhang die Prüfungen übernehmen können. An dieser Stelle möchte ich deutlich machen, dass wir in den letzten sieben Jahren über 400 neue Finanzbeamte für unsere Finanzämter bekommen haben und fast 300, die am Landesamt für Finanzen tätig sind. Deshalb sage ich Ihnen klipp und klar: Mehr Finanzbeamte, mehr Steuerprüfer führen nicht automatisch zu höheren Steuereinnahmen.

Der entscheidende Punkt ist doch folgender: Der Freistaat Bayern vertraut darauf – und weiß –, dass unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in ganz überwiegendem Maße ehrlich und sorgfältig mit ihren Pflichten umgehen. Wir wissen allerdings auch, dass es das eine oder andere schwar-

ze Schaf gibt, dem man besonders auf die Finger schauen muss. Es geht also nicht darum, unbedingt mehr Beamte einzustellen. Vielmehr müssen die Beamtinnen und Beamten, die da sind, genau wissen, wo sie hinschauen haben, das heißt, sie müssen effiziente Arbeit leisten. Aufgrund ihrer Erfahrung und der Ausbildung, die sie haben, kennen sie in der Regel ihre Pappenheimer und können diese dann kontrollieren.

Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Wir haben eine sehr gute, effiziente Finanzverwaltung, Herr Finanzminister, die sich deutschlandweit sehen lassen kann. Deshalb gehen die Rufe nach mehr und mehr Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten in die falsche Richtung. Wir können vielmehr stolz darauf sein, dass unsere Beamtinnen und Beamten wissen, worauf sie schauen müssen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der auch Teil unserer Haushaltsberatungen zum Einzelplan 06 war: die Breitbandförderung. Verschiedene Anträge zielten darauf – und haben sich darin regelrecht überboten –, noch mehr Geld in das System zu geben. Wer sich mit diesem Thema beschäftigt und draußen bei den Kommunen nachfragt, wie die Entwicklungen ausschauen, stellt fest: Am Geld scheitert der Ausbau derzeit ganz bestimmt nicht. Er scheitert an den Kapazitäten der Unternehmen, die den Breitbandausbau vornehmen sollen. Deshalb hat es überhaupt keinen Sinn, einen weiteren Schaufensterantrag zu stellen, noch ein paar Millionen hineinzuschieben und dies damit zu begründen, man wolle noch mehr für Breitband tun. Der entscheidende Punkt ist ein anderer: Unsere Unternehmen brauchen die Kapazitäten, mit denen sie arbeiten müssen, damit der Breitbandausbau weiter vorangeht.

Von 2014 bis Ende 2020 – dann endet dieser Doppelhaushalt – wird der Freistaat Bayern 1,5 Milliarden Euro im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau zur Verfügung gestellt haben. Nennen Sie mir ein anderes Bundesland, dass das in ähnlicher Art und Weise könnte. Es gibt keines!

Auch sonst kann sich das, was wir im Freistaat Bayern für unsere Bürgerinnen und Bürger tun, sehen lassen. Ich sage an dieser Stelle all denjenigen, die dazu beitragen, dass der Freistaat Bayern gut dasteht, ein herzliches Dankeschön. Da man es vielleicht zu selten hört, bedanke ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern, bei unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, dass sie uns in diese Lage versetzen. Wir haben die Pflicht, mit diesem Geld sorgsam und effizient umzugehen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei dem Kollegen Michael Hofmann und darf den Kollegen Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 06 ist trotz vermeintlich niedriger Summe vielleicht das Rückgrat des Doppelhaushalts, da im Rahmen der Finanzverwaltung das Steueraufkommen generiert und ein nicht unerheblicher Teil der Mittel für die Ausgaben ausgereicht wird. Dieser Einzelplan könnte aber auch ein Gerechtigkeitshaushalt sein. Die Betonung liegt noch zu oft auf "könnte".

Schauen wir uns hierzu doch einmal die Berichte des Obersten Rechnungshofes an. Da ist das bayerische Finanzministerium trauriger Rekordhalter. Allein in den letzten drei Prüfberichten – 2017 bis 2019 – entfielen 21 von 62 Beanstandungen, also ein Drittel aller Beanstandungen, auf den Bereich des Finanzministeriums. Um es mit Ihren Worten zu sagen: Wenn wir die 16 Einzelpläne, über die wir hier beraten, mit den 16 Bundesländern vergleichen würden, dann wäre das Finanzministerium der Nachzügler NRW, und der heutige Ministerpräsident und damalige Finanzminister Söder, auf dessen Amtszeit sich diese Beanstandungen beziehen, wäre der Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zum ORH: Um auf alle 21 Beanstandungen einzugehen, fehlt mir schlicht die Zeit. Deshalb folgen hier nur die besten Schmankerl. Es gibt Probleme bei der Körperschaftsteuererlegung, der Auswertung der Selbstanzeigen zu ausländischen Kapitalerträgen, der Besteuerung des Rotlichtmilieus, dem Risikomanagement der Finanzämter, dem Zu- und Wegzug von Steuerpflichtigen, der Grundbesitzwertfeststellung, der Erbschaftsteuer, der Schenkungsteuer. Ich könnte diese Liste weiterführen. Man wundert sich und fragt sich, ob es noch Bereiche gibt, die ohne Beanstandung geblieben sind.

Da das noch nicht ausreicht, steigen generell die Fallzahlen in der bayerischen Finanzverwaltung an. Die Gründe sind, dass immer mehr Menschen in Bayern leben und dass erfreulicherweise mehr Betriebe gegründet werden.

Auf welches Grundproblem führt der ORH die diversen Probleme zurück? Es fehlt hinten und vorn an Personal. – Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung, die großartige Arbeit im Dienst der Steuergerechtigkeit leisten, die aber auch die Versäumnisse der Regierung tagtäglich ausbaden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Auch wenn Sie im vergangenen Doppelhaushalt 800 neue Stellen für Anwärtnerinnen und Anwärter geschaffen haben, bleibt es bei der Feststellung, dass in diesem Doppelhaushalt gar nichts mehr passieren soll. Das ist kein Wunder; denn Sie haben es jahrelang versäumt, die Ausbildungskapazitäten zu erweitern. Die neuen Stellen für Anwärtnerinnen und Anwärter kamen zehn Jahre zu spät. Noch dazu sind es viel zu wenige, weil unsere Kommunen und die freie Wirtschaft die Fachkräfte aus der Finanzverwaltung abwerben.



Da das alles noch nicht reicht, sind viele dieser Stellen mit einem kw-Vermerk – "künftig wegfallend" – versehen. Sie sollen also in den kommenden Jahren wieder entfallen. Wir GRÜNEN beantragten eine Streichung dieser kw-Vermerke, was die Regierungsfractionen abgelehnt haben. – Wir fordern zudem eine Verstetigung, besser noch eine dauerhafte Erhöhung der Ausbildungszahlen in der bayerischen Finanzverwaltung. Wir müssen zudem aufhören, Stellen ersatzlos an übergeordnete Behörden wie das Landesamt für Steuern zu übertragen, ohne gleichwertigen Ersatz an den Finanzämtern vor Ort zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Sie haben es versäumt, die Kapazitäten zu schaffen. – Nicht zuletzt brauchen wir Einarbeitungszeiten für neue Beschäftigte statt einer unnötigen Wiederbesetzungssperre.

Mit den Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung und des langfristigen Personalzuwachses kann es uns gelingen, dass dieser Einzelplan des Finanzministeriums auch ein Gerechtigkeitshaushalt wird. Steuergerechtigkeit bewegt die Menschen mittlerweile wie kaum ein anderes Thema; das merken wir auch im Europawahlkampf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Große Konzerne spielen mit kreativen Steuervermeidungsstrategien Staaten gegeneinander aus. Banken und Finanzmarktakteure beuten den Staat mit Cum-Ex- oder Cum-Cum-Geschäften um Milliardenbeträge aus. Mafiabanden finanzieren mit Umsatzsteuerkarussellbetrügereien Terrorzellen auf der ganzen Welt.

Wenn wir bei der Bekämpfung der Steuer- und Finanzkriminalität, die mit sehr aufwändigen Verfahren verbunden ist, den Kriminellen mit zu wenig Personal hinterherlaufen, dann schadet das am Ende dem Staatshaushalt, und es schadet den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN setzen uns deshalb für eine starke Finanzverwaltung ein, die es künftig noch besser mit Steuer- und Finanzkriminalität aufnehmen kann.

Noch ein Wort zu dem Thema Steuerpolitik: Dass die Staatsregierung angesichts sinkender Einnahmeerwartungen Steuersenkungen fordert und mit dieser Forderung wieder landauf, landab umherzieht, ist wenig originell. Das hat schon vor fünf Jahren nicht geklappt – damals in einer konjunkturell anderen Situation –, und es wird diesmal nicht funktionieren. Damals hieß es: Der Staat nimmt so viel ein, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern etwas zurückgeben müssen. – Jetzt heißt es: Wir nehmen weniger ein; wir müssen etwas für die Konjunktur tun.

Ein Konzept steckt nicht wirklich dahinter. Das ist reiner Populismus und wenig glaubwürdig. Sie wollen einfach immer nur Steuersenkungen, koste es, was es wolle.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert)  
Sie wollen immer nur Steuererhöhungen!)

Luft für Steuersenkungen ist angesichts Ihrer Haushaltspolitik ohnehin nicht. Wenn die CSU Steuern senken will, muss sie auch strukturell damit beginnen, so etwas wie einen Sparkurs zu fahren. Ich bezweifle, dass Sie das, insbesondere in der Koalition mit den FREIEN WÄHLERN, schaffen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert)  
Was ist denn mit den ungedeckten Anträgen der GRÜNEN?)

Was wir in der Steuerpolitik tatsächlich brauchen könnten, wären strukturelle Reformen innerhalb des Steuersystems, zum Beispiel im Unternehmensbereich aktualisierte Abschreibungsregeln und eine Energiesteuer, deren Sätze nicht willkürlich festgelegt werden, sondern sich an den CO<sub>2</sub>-Emissionen orientieren. Das kann man durchaus aufkommensneutral und sozial ausgewogen gestalten, zum Beispiel durch eine gleichzeitige Abschaffung der Stromsteuer oder einen sozialen Ausgleich in Form einer Klimadividende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nachdem sich die CSU jeder noch so sinnvollen Steuerreform verweigert, bei der auch nur ein Mensch einen Euro mehr zahlen könnte, blockieren Sie jede

(Zurufe der Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU) und Michael Hofmann (CSU))

strukturelle Änderung.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Letztes Wort: Bürokratieabbau. Sie schwingen sich hier regelmäßig zum Hüter des Bürokratieabbaus auf. Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Verkomplizierung des Steuerrechts,

(Zuruf von der CSU: Die wollen es nicht verstehen!)

und Sie von der CSU fordern tatsächlich eine weitgehende Länderöffnungsklausel bei der Grundsteuer für die Bundesländer.

(Zurufe von der CSU: Richtig! Genau!)

Das bedeutet – –

(Unruhe)

Ich erkläre Ihnen das einmal. Ich erkläre Ihnen einmal, was das bedeutet.

(Anhaltende Unruhe)

Das bedeutet, dass wir am Ende möglicherweise 16 unterschiedliche Grundsteuermodelle mit 16 unterschiedlichen EDV-Systemen und mit 16 unterschiedlichen Gesetzen in der Finanzverwaltung in unserem Land erreichen.

(Zurufe von der CSU)

Das ist doch Quatsch mit Anlauf. Leute, das ist bürokratischer Irrsinn!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen das Fazit: Ohne eine personell besser aufgestellte Finanzverwaltung,

(Unruhe)

Sparvorschläge, dem Abbau von Steuersubventionen und einem konsequenten Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ist die Forderung nach Steuer-senkungen unseriös. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Abgeordneten Tim Pargent und darf den Herrn Kollegen Bernhard Pohl aufrufen. Herr Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kollegin-nen und Kollegen! Herr Kollege Pargent, das war der Wachmacher am Morgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Klatschen bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Ich danke Ihnen für diese Rede. Diese Rede zeigt nämlich tatsächlich die Unterschiede auf.

(Zurufe von der CSU: Richtig!)

Sie erzählen hier von der Mafia, von Terrorzellen, von Steuer- und Finanzkriminalität, und sonstigen Kriminellen, wenn Sie von den Steuern des Freistaats Bayern reden. Ich sage den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, den vielen fleißigen Menschen hier in Bayern herzlich Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn sie tragen dafür Sorge, dass wir relativ entspannte Haushaltsberatungen durchführen konnten, ohne uns Gedanken darüber machen zu müssen, wo wir bei eigentlich notwendigen Aufgaben noch etwas einsparen.

Herr Kollege Pargent, ich kann nichts dafür, dass Sie im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik angesichts der Fakten und Zahlen kein Geschäftsmodell mehr haben. Wenn Sie dann aber von einem Gerechtigkeitshaushalt sprechen, den Sie sich wünschen würden, sollten Sie schon auch einmal sagen, was daran ungerecht ist, wenn wir den Menschen, die hier Tag für Tag Leistungen bringen, mit gewissen Erleichterungen wie kostenfreien Kindertagesstätten ein wenig zurückgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie reden von Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene – da folge ich gerne. Sie sagen, Steuersenkungen seien unreal. Ich empfinde als unreal, dass wir tagein, tagaus jedes Jahr immer mehr Steuern einnehmen, ohne denen, die sie erwirtschaften, einen Bonus zu geben, ohne die Steuern zu senken. Nein, wir tun das Gegenteil: Durch die kalte Progression steigt die Steuer jedes Jahr automatisch, und zwar nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch prozentual. Wenn das Ihre Vorstellung von Gerechtigkeit ist, dann haben wir in der Tat ein grundlegend anderes Verständnis davon, was gerecht ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich kann mich noch gut erinnern: Vor 24 Stunden stand Frau Kollegin Fuchs hier am Rednerpult und beklagte – nicht zu Unrecht – die Bürokratie. Und jetzt komme ich zur Grundsteuer: Ja, heute Bürokratie beklagen und morgen ein Bürokratiemonster Grundsteuerreform aufstellen, passt nicht zusammen. Ich sage es ganz offen: Wenn die bayerische Steuerverwaltung unter dem Deckmantel einer irgendwie formulierten Gerechtigkeit – das trifft jetzt die SPD – um 2.500 bis 3.000 Beamte aufgestockt werden muss, weil Sie der Meinung sind, dass irgendwas hinter dem Komma falsch ist, oder Sie über die Grundsteuer eine Vermögenssteuer einführen wollen – der Kollege

Hofmann hat völlig zu Recht darauf hingewiesen –, dann ist das mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Pargent, was haben Sie gegen eine Länderöffnungsklausel? – Wissen Sie, wir haben Gott sei Dank einen Föderalismus in Deutschland, und deswegen geht es uns zum Beispiel besser als Frankreich. Föderalismus bedeutet aber auch Wettbewerb.

(Zuruf von der CSU: Richtig!)

Wir in Bayern können dann zeigen, wie man es unbürokratisch hinbekommt. Am Ende werden wir dann sehen, welche Länder erfolgreich sind und welche nicht; denn das ist nicht gottgegeben und das ist nicht zufällig, sondern das ist schon auch das Resultat von Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier werden neue und mehr Finanzbeamte gefordert: Herr Kollege Pargent, im Ausschuss waren Sie bei 1.400, der Kollege Güller war mit 1.000 etwas bescheidener. Ich muss Ihnen sagen, Sie bekommen diese Finanzbeamten nicht auf die Schnelle her. Woher wollen Sie sie denn importieren? Keine Ahnung, warum Sie der Meinung sind, dass irgendwo arbeitslose Steuerbeamte schlummern, die sich innerhalb von wenigen Tagen so mit dem deutschen Steuerrecht anfreunden, dass man sie auch direkt brauchen kann.

(Zurufe von der SPD)

Ich kann nur eines sagen: Sie sollten weder die bayerische Finanzverwaltung schlechtreden noch den bayerischen Steuerzahler immer unter Generalverdacht stel-

len. Jetzt komme ich schon wieder zum Thema Mafia, Terrorzellen. Das hat doch mit der Realität im Freistaat Bayern nicht das Geringste zu tun!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE):  
Doch, darum geht es! Sie verschließen die Augen davor!)

– Ja, wir verschließen die Augen davor.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Jeder zweite Mensch in Bayern ist ein Terrorist,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und wer kein Terrorist ist,

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

ist ein Finanzkrimineller?

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Also, Frau Kollegin Schulze, – –

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Frau Kollegin Schulze, es ist schön, dass Sie sich am Morgen schon – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Anhaltende Unruhe – Katharina Schulze  
(GRÜNE): Keine Ahnung von Innenpolitik!)

Es ist schön, – –

(Fortgesetzte Unruhe)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Wenn Sie bitte zur Ruhe kommen! Der Redner hat das Wort.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Es ist schön, Frau Kollegin Schulze, dass Sie sich gleich einmal warmschreien, ich hätte keine Ahnung von Innenpolitik. Ich war im Innenausschuss, da waren Sie noch gar nicht Mitglied in diesem Haus. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Schulze, ich weiß nicht, habe ich Ihnen nicht zugehört, als Sie zum Innenhaushalt gesprochen haben? Da haben Sie doch die bayerische Polizei so gelobt. Aber: "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern"!

(Unruhe)

Der Herr Staatsminister hat die Zahlen genannt. In den letzten sieben Jahren sind an den Finanzämtern 423 Vollzeitstellen und am Landesamt für Steuern 296 Vollzeitstellen geschaffen worden. Das war notwendig. Das war gut. Aber das sind auch die Zahlen, die leistbar sind, und es macht keinen Sinn, liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine krude Gerechtigkeitsdebatte irgendeinen Grenznutzen auszuloten.

Die Rechnung "1.000 mehr Steuerbeamte ist gleich soundso viel Milliarden mehr Steuern" geht nicht auf. Das passt nicht. Das ist eine falsche Mathematik. Ich muss ich Ihnen sagen: Wir sind in der Finanzverwaltung gut aufgestellt. Das heißt nicht, dass man nicht die eine oder andere Neubesetzung vornehmen muss. 3.100 Personen werden derzeit ausgebildet; wir sind hier auf einem hervorragenden Weg.

Herr Kollege Pargent, Sie sagen, 21 von 62 Beanstandungen des Obersten Rechnungshofes betreffen das Finanzministerium. Da kann ich nur sagen: Nehmen Sie doch einmal die absoluten Zahlen und vergleichen Sie die 21 Beanstandungen mit den Beanstandungen in anderen Bundesländern sowohl nach der Zahl als auch nach der Summe. Ich glaube, damit relativiert sich diese Aussage.



Sie haben das Breitband angesprochen. Ich möchte das Breitband unter die Überschrift "Heimatstrategie" stellen. Da wird deutlich, was die FREIEN WÄHLER in den letzten elf Jahren, in zehn Jahren Opposition und einem halben Jahr an der Regierung, bewegt hat. Die Heimatstrategie des heutigen Ministerpräsidenten und damaligen Finanzministers Söder ist vorbildlich, sie basiert aber durchaus auf dem, was wir bereits vor dem Einzug in den Bayerischen Landtag immer wieder gefordert haben. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass der damalige Finanzminister Erwin Huber Anfang 2008 einen zweistelligen Millionenbetrag für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt hat. Ich meine, es waren 19 Millionen. Damals hieß es noch, der Breitbandausbau sei Sache jedes Einzelnen und Sache der Unternehmen. Hier haben wir einen Paradigmenwechsel vorgenommen. 2014 hatten wir im ländlichen Raum eine Durchdringung von 27 %, jetzt sind wir bei 82 %. Das ist ein Erfolg. Das kann sich sehen lassen. Herr Finanzminister, da kann man schon sagen: Gute Arbeit von Ihnen und von Ihrem Vorgänger und auch von diesem Parlament, das diese Maßnahmen immer vorangetrieben und immer gefordert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Heimatstrategie gehören aber auch die Behördenverlagerungen. Die Behördenverlagerungen sind in der vergangenen Legislaturperiode immer von drei Fraktionen unterstützt worden, von den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD. Eine Fraktion hatte hiermit durchaus ihre Probleme. Ich hoffe, dass wir jetzt bei der Heimatstrategie 2, bei der nächsten Runde der Behördenverlagerungen, zu der ich Sie, Herr Finanzminister, ermutige, alle an einem Strang ziehen, denn die Verlagerung von Behörden in die Regionen setzt dort Wachstumsimpulse. Im einen oder anderen Fall mag es sein, dass jemand nicht gerne seinen Arbeitsplatz wechselt. Insgesamt ist aber der Nutzen der Behördenverlagerungen für die Regionen unschätzbar, in denen Staatsbehörden gebraucht werden, nämlich in strukturschwachen Gebieten und etwas benachteiligten Regionen. Deswegen sage ich auch für das, was in der Vergangenheit geleistet wurde, vielen Dank. Machen Sie weiter so.

Insgesamt kann man sagen, dass Ihre Sorgen, Herr Finanzminister, 15 andere Länderfinanzminister und der Bundesfinanzminister gerne haben möchten. Ich will gar nicht von Finanzministern anderer europäischer Staaten reden. Das Finanzministerium und die Finanzverwaltung in Bayern sind hervorragend aufgestellt. Deswegen ist die Zustimmung zu diesem Haushalt eine pure Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich beim Kollegen Pohl. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Zunächst möchte ich auf die Steuerpolitik eingehen. Das liegt mir am Herzen. Als ehrenamtlicher Finanzrichter kenne ich mich im Steuerrecht auch ein bisschen aus und weiß, was ich in den letzten Jahren erlebt habe. Die Steuerverwaltung funktioniert größtenteils sehr gut. Wir brauchen aber eine Steuervereinfachung und nicht nur mehr Kontrollen, um die Leute zu schikanieren. Das habe ich in meiner gestrigen Rede schon einmal gesagt. Steuersenkungen sind immer das Gebot der Stunde. Es ist Geld der Bürger, von dem der Staat mit übersprudelnden Steuereinnahmen zu viel eingenommen hat. Deshalb ist es das gute Recht der Bürger, dass sie Steuern auch wieder zurückbekommen. Wir quetschen im Moment die Bürger aus. Über Jahre hinweg haben wir den Spitzensteuersatz nicht weiter heruntersetzt. Wir brauchen eine Entlastung der Leistungserbringer der Gesellschaft.

Ein Wort zur Erbschaftsteuer und zur Grundsteuer. Natürlich brauchen wir die Öffnungsklausel. Wenn wir die Grundsteuergesetzgebung dem Bund überlassen, wird gar nichts geschehen, sondern es wird so bleiben, wie es ist, weil genügend Länder alle Steuereinnahmen unbedingt brauchen. Die Öffnungsklausel muss aber auch in Bayern gelebt werden. Seit Jahren – schon unter dem früheren Finanzminister Fallthäuser, der das damals eingebracht hat – führen wir eine Debatte über die Erbschaft-

steuer. Schon damals gab es Zweifel, ob die Erbschaftsteuer wirklich abgeschafft wird. Bis jetzt haben nur die Österreicher die Kraft dazu aufgebracht. Da können wir noch etwas lernen.

Sehr verehrte Damen und Herren, mir liegt auch noch ein anderes Thema am Herzen, nämlich das Thema Heimat, das ich heute hier herausstellen will. Zu den Bedingungen, zu dem Etat in Höhe von fünf Millionen Euro sage ich Ihnen: Geld ist nicht alles. Wir müssen die Bedingungen für das Vereinsleben drastisch ändern und entschärfen. Wir haben in allen möglichen Vereinen ein riesiges Problem, Ehrenamtliche für den Vorstand zu finden. Woran liegt es denn? – An der fehlenden Haftungsfreistellung für Vorsitzende. Das ist ein riesiges Thema. Die Leute haben Angst davor, diesen Job zu übernehmen. Wir haben zig Vereine, die keinen Vorsitzenden mehr finden. Darunter leidet dann die Allgemeinheit.

Wir brauchen Erleichterungen bei der Besteuerung der Übungsleiter in den Sportvereinen. Das Trainieren der A-Jugend ist heute schon ein Riesenjob, dafür reicht meines Erachtens die Pauschale von 2.400 Euro bei Weitem nicht aus.

Richtig genervt werden die Vereine durch die Datenschutz-Grundverordnung. Auch da erwarte ich mehr Engagement von unserer Regierung, damit dieses Monstrum an Bürokratie zurückgeschraubt werden kann.

Jetzt kommt noch ein besonderer Hammer. Die Deutsche Rentenversicherung betreibt ein unmögliches Spiel, indem sie ehrenamtlich Tätige – vor ungefähr acht Monaten gab es einen solchen Fall vor dem Sozialgericht – der Scheinselbstständigkeit bezichtigt. Die Bayerische Jungbauernschaft hat diesen Prozess Gott sei Dank gewonnen. Mehrere Vereine sind mit solchen Vorwürfen überzogen worden. Das ist ein unsägliches Spiel.

Sehr verehrte Damen und Herren, vor Kurzem habe ich gehört, dass jemand beim Stehlen und Wegfahren des Maibaums zig Bürokratieauflagen hat erfüllen müssen. Geht es eigentlich noch? Wo leben wir denn überhaupt? Heute muss man das Mai-

baumstehlen schon vorher bei der Polizei ankündigen. Wir haben es früher anders gemacht. So geht es einfach nicht mehr weiter.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen das Engagement Ehrenamtlicher insgesamt würdigen und fördern, und das nicht nur mit der Ehrenamtskarte. Für mich müssten die Vorschriften viel stärker geändert werden. Wir brauchen für die Vereine keine Sonntagsreden und Aufklärungsbroschüren; vielmehr müssen die Bedingungen, die ich vorhin genannt habe, geändert werden.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Kollege Bergmüller. – Ich darf den Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Güller.

**Harald Güller (SPD):** Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister, Herr Präsident! Natürlich geht es beim Einzelplan 06 des Haushalts im Kern um das Thema Gerechtigkeit. Natürlich geht es darum, die Grundlagen unseres Freistaats und des gesamten Haushalts zu sichern. Natürlich geht es darum, dass sich ein gerechter Staat um den Vollzug der bestehenden Gesetze kümmert, und dass nicht die- und derjenige, die sich daran halten, die Dummen sind.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns doch einmal die Personalzahlen an, Kolleginnen und Kollegen. Diese sind nicht aus der Luft gegriffen. Es gibt eine Planung für die Personalstärke. Danach sollten 16.397 Stellen besetzt sein. Real besetzt sind aber nur 14.972. Das heißt, rund 1.400 Stellen sind nicht besetzt bzw. falsch besetzt, nämlich mit Anwärtern oder abgeordneten Beamten. Deswegen ist es doch richtig, wenn wir fordern, dass zumindest die Sollstärke endlich erreicht wird.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein, dass wir beim Verhältnis von Personal zu Einwohnerzahl in Deutschland auf dem 9. Platz stehen. Beim Verhältnis von Personal zu Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen stehen wir auf dem 15. Platz, beim Verhältnis zwischen der Zahl der Betriebsprüfer und der Zahl der Betriebe auf dem 14. Platz und beim Verhältnis zwischen der Zahl der Umsatzsteuersonderprüfer und der Zahl der Unternehmen auf dem 16. Platz. Das ist doch wirklich nicht unser Anspruch.

Es ist doch auch nicht so, dass überbordende Kontrollen entstünden. Schauen wir uns doch einmal die Prüfzyklen bei uns in Bayern an. Der Prüfzyklus bei einem Großbetrieb beträgt 4,92 Jahre, bei einem mittleren Betrieb 22,24 Jahre. So lange dauert es, bis einmal ein Prüfer auftaucht. Bei Kleinbetrieben beträgt der Prüfzyklus 37,99 Jahre. Das soll ein Bürokratiemonster sein? Dass Beamte, in deren Halfter Pistolen stecken, täglich unsere Unternehmen drangsalierten würden, entspricht doch nicht der Realität. Es geht darum, Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft einzuführen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer behauptet, dass wir keine organisierte Steuerkriminalität in Deutschland, in Europa und weltweit haben, die wir entschieden bekämpfen müssen, weil sie ein Krebsgeschwür in unserer Gesellschaft ist, der hat doch keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Pohl, Sie haben zu Frau Kollegin Schulze gesagt, sie sitze im Innenausschuss, aber trotzdem hätten Sie mehr Ahnung, weil auch Sie schon einmal im Innenausschuss gesessen haben. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Sie sitzen schon lange im Haushaltsausschuss, beweisen aber durch Ihre heutige Rede, dass das nicht unbedingt heißt, dass Sie von Finanzpolitik auch nur die geringste Ahnung haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich gibt es Personal, das man sofort einstellen könnte, natürlich gibt es Menschen, die heute als Steuerprüferinnen und Steuerprüfer in Kanzleien arbeiten und die im Freistaat angestellt werden könnten. Aber man muss natürlich auch mehr für die Ausbildung tun. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, die Ausbildungsbedingungen im Finanzwesen zu verbessern. Wir wollen, dass mehr EDV eingesetzt wird, wir wollen eine bessere Ausstattung der Anwärtinnen und Anwarter mit Material, und wir wollen, dass das Personal an den Finanzschulen nicht nur abgeordnet wird und damit an anderen Stellen fehlt, sondern dass wir mehr Stellen schaffen. Dieses haben Sie aber bisher im Ausschuss abgelehnt. Dann noch von Steuergerechtigkeit zu reden und den Beamten, die heute im Dienst sind, überschwänglichst zu danken, weil sie das auffangen, was Sie durch eine verfehlte Personalpolitik in den letzten 10 bis 15 Jahren vergeigt haben, ist doch zynisch.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, dass sie das noch auffangen können, was Sie in den letzten Jahrzehnten vergeigt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und – neuerdings – auch der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Beim Einzelplan 06 geht es aber noch um andere Themen. Lassen Sie mich deshalb etwas zu Beteiligungen und zur staatlichen Schlösser-, Gärten und Seenverwaltung sagen, nur einen Satz: Wir alle miteinander sind so stolz auf die Millionen von Gästen, die jedes Jahr nach Bayern kommen, weil sie unsere Sehenswürdigkeiten besichtigen wollen und deswegen hier millionenfach übernachten. Angesichts dieser Tatsache wäre es doch angebracht, endlich mehr Personal für die Aufsicht und die Erhaltung einzustellen, und zwar im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber auch dazu sind Sie nicht bereit. Sie haben unseren entsprechenden Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Der Einzelplan 06 umfasst auch die Beteiligungen. Ich will jetzt keine Reflexe bei Ihnen auslösen, aber ich muss die Bayerische Landesbank erwähnen.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ach, nein!)

Ich erinnere an die Zeit der Konsolidierung seit 2008 und den Weg, den wir gemeinsam beschritten haben.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, einfach einmal Klappe halten, Ohren aufmachen, zuhören und vielleicht am Ende verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Zeit, nach der Konsolidierung, die wir gemeinsam durchgeführt haben, nachdem Sie den Karren in den Dreck gefahren haben, die Schuldenuhr zu stoppen. Wir dürfen als Freistaat nicht jedes Jahr 250 Millionen Euro für Kreditzinsen ausgeben, sondern wir müssen uns mit der Bank zusammensetzen und dieses Geld einfordern. Weiterhin ist es notwendig, gemeinsam eine dauerhaft tragfähige Geschäftspolitik für die Bayerische Landesbank zu entwickeln.

Die Leitlinie der SPD ist: Wir wollen keinen Verkauf der Bank, wir wollen keine Fusion mit irgendwelchen Privaten. Wir wollen eine starke Landesbank, die neben den Sparkassen, neben dem genossenschaftlichen Bankenwesen und neben der LfA für unsere bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer und die Bürgerinnen und Bürger da ist und ein starkes Element des Freistaats Bayern darstellt. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten. Stimmen Sie den Anträgen zum Personal, die wir gestellt haben, heute noch zu. Sonst ist dieser Haushalt nicht zukunftsfähig, und wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich, Herr Kollege Güller. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, dass sich die bayerischen Pfadfinderinnen und Pfadfinder heute im Landtag vorstellen und den Kontakt mit der Politik suchen. Sie sind von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr im Senatssaal. Wer den direkten Kontakt mit der Jugend aufnehmen will, der ist herzlich eingeladen, dort vorbeizuschauen.

Ich darf als nächsten Redner Herrn Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Dr. Kaltenhauser.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei der Rede von Harald Güller den Eindruck gehabt, dass er die ersten zwei Seiten meiner Rede gelesen hat. Mal schauen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte mit einem Dank anfangen, einem Dank an die Mitarbeiter, die man sonst so explizit nicht anspricht. Ich danke den Mitarbeitern der Finanzämter. Die möchte ich ganz ausdrücklich loben. Meine Erfahrung in meinem Berufsleben ist gewesen, dass mir dort teilweise Spitzenleute gegenüber saßen. Diese Mitarbeiter hatten es oft mit einem Apparat auf Unternehmensseite zu tun, der viel besser ausgestattet war und viel besser bezahlte Mitarbeiter hatte. Das fand ich immer bewundernswert. Das liegt natürlich an den Ausbildungsstätten, die wir hier haben und die zum Einzelplan 06 gehören. Hut ab vor den Mitarbeitern. Wir haben Leute, die aus solchen Ausbildungsstätten kamen, immer gerne eingestellt, wenn es irgendwie ging; denn das waren die besten Mitarbeiter. Außerdem waren sie – das möchte ich ganz leise anmerken – sehr genügsam gegenüber anderen, was das Gehalt betrifft.

Die Schlösser-, Gärten- und Seenverwaltung haben Sie auch angesprochen. Das fand ich ganz faszinierend. Ich möchte erwähnen, dass ich dort Leute kenne, die mit Herzblut für ihr Objekt arbeiten. Das dringt selten in die Öffentlichkeit. Diese Mitarbeiter



möchte ich ausdrücklich loben. Das ist ein Randbereich in diesem Haushalt, aber diese Bemerkung wollte ich einfach einmal loswerden.

Haushalt und Finanzen: Als Mathematiker bin ich versucht, jede Menge Zahlen und Veränderungen vorzutragen. Aber nein, keine Angst, ich gehe einfach einmal ein paar Aufgaben durch.

Die erste Aufgabe betrifft die Vermögensverwaltung. Auch die Beteiligungen sind schon angesprochen worden. Der FDPIer wird hier aber nicht zu Privatisierungen sprechen. Ich bin kein Fan von Privatisierungen nur um der Privatisierung willen. Allerdings muss ich an einen Beschluss aus dem Jahr 2013 erinnern. Da wurde festgelegt, bei jeder Beteiligung regelmäßig zu prüfen, ob diese wirklich noch notwendig ist. Ich sage das deshalb, weil im letzten Haushaltsausschuss diesbezüglich abgewiegelt wurde. Das geschah nach dem Motto: Das machen wir nicht, das brauchen wir nicht, es bleibt alles so, wie es ist.

Die Landesbank, Herr Güller, ist ein ganz spezielles Thema. Da sind wir anderer Auffassung. Seinerzeit war klar, dass die Landesbank erst saniert werden muss. Erst dann sollte geprüft werden, was mit ihr geschehen soll. Das heißt für mich auch, dass man darüber nachdenken muss, ob man sie wirklich weiter behalten will. Dass Ihr Vorschlag bezüglich der Zinsen immer wieder kommt, wundert mich. Ich habe schon letztes im Ausschuss gesagt, dass das Unsinn ist. Wir dürfen die Bank nicht kaputt machen. Wir müssen eine andere Lösung finden. Wenn wir Ihrem Vorschlag folgen würden, könnte die Bank die Mittel nicht mehr als hartes Kernkapital anrechnen. Mich wundert, dass Sie diesen Vorschlag immer wieder bringen.

Zum Thema Finanzpolitik werden wir heute Nachmittag ausführlicher diskutieren. Es gibt aber noch ein Thema, das ich ansprechen wollte, nämlich den Länderfinanzausgleich. Es war einmal versprochen worden, Bayern würde dabei nicht mehr mitspielen, und es war die Rede davon, man ginge bis zum Prozess; wir müssten auf jeden Fall weniger bezahlen. Dann hat mich ein schöner Satz im Finanzplan Bayern erstaunt,

wonach der Reformgewinn für den Freistaat Bayern aus der Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen weitgehend durch Kompensation aufgezehrt wird. Ich hatte den Eindruck, dass es offenbar doch nicht so ganz gut gelaufen ist, und habe eine Anfrage gestellt. Auf die Anfrage habe ich auch eine Antwort bekommen. Darin stand sehr ausführlich, wie das Verfahren funktioniert, aber darin stand keine einzige Zahl. Zu den Zahlen stand darin: Schauen Sie in den Haushalt. – Das war die Antwort in Kurzfassung.

Nun muss ich sagen: Das Verfahren ist natürlich ein bisschen komplizierter. Die Berechnung bezieht Umsatzsteuerzu- und -abschläge ein. Ich habe leider nur zwanzig Jahre Erfahrung im Rechnungswesen. Mir ist es nicht gelungen, herauszubekommen, was ich tatsächlich jetzt und in Zukunft an Länderfinanzausgleich, insbesondere im Vergleich zum alten Verfahren, mehr oder weniger bezahlen. "DER SPIEGEL" schreibt selbst, dass es möglicherweise gar Absicht wäre, dass die Zahlungsströme etwas verschleiert werden sollen. Das möchte ich jetzt niemandem unterstellen. Aber ich werde wahrscheinlich noch mal eine Anfrage stellen. Ich hätte gerne wirklich einen Vergleich über mehrere Jahre hinweg, wie viel mehr oder wie viel weniger vom Land Bayern zu bezahlen ist.

Das Thema Digitalisierung ist kein expliziter Bereich. Trotzdem wundere ich mich. Ein paar Bereiche sind dabei wirklich relevant: digitale Erschließung, digitale Verwaltung, das Amt für Sicherheit in der Informationstechnik gehört auch dazu – erstaunlich. Ich frage mich halt immer wieder, wieso es diesem Geschäftsbereich und nicht demjenigen des Digitalministeriums zugeordnet ist. Aber darauf will nicht weiter eingehen. Das hat wahrscheinlich historisch-machtpolitische Gründe; keine Ahnung.

Ein Thema ist mir noch ganz wichtig: Finanzreporting. Ich war es in meiner beruflichen Tätigkeit gewohnt, dass ich regelmäßig Zahlen bekommen habe und selbst dem Vorstand zuschicken musste: regelmäßig, zeitnah, komprimiert, aussagekräftig. Ein schönes Beispiel ist hier das Ergebnis aus dem Vorjahr. In der ganzen Haushaltsdiskussion wurde immer in den Raum gestellt, der Griff in die Rücklagen sei gar nicht so schlimm,

weil ja einiges übrig bleibt. Ich habe dann einen CSU-Kollegen, einen FREIE-WÄHLER-Kollegen gefragt, weil ich gedacht habe, die könnten vielleicht ein bisschen mehr wissen. Ich habe nur vage Andeutungen bekommen. Ich wusste nicht genau: Wissen Sie es, oder wollen Sie es mir nicht sagen? Oder gibt es Geheiminformationen? Ich würde mal sagen, das finde ich ziemlich daneben, weil insbesondere der Haushaltsausschuss und der Landtag aufgrund ihres Selbstverständnisses den Anspruch auf Informationen haben müssten. Oder wissen Sie es nicht so genau? Dann sage ich mir allmählich: Wenn ich das selbst Mitte Mai immer noch nicht genau weiß, müsste ein etwas stringenteres Reporting her.

Dann kommt gestern der Herr Söder und sagt: 4,2 Milliarden Überschuss. Ich muss sagen: In Kurzfassung heißt das für mich, das ist eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sie können mir nicht erzählen, dass Sie vorher nicht ungefähr gewusst haben, wo es ist. Natürlich können Sie es nicht bis in die letzte Einzelheit erzählen. Aber ich musste meiner Bank auch immer Ende Januar eine Zahl vorlegen. Klar, es war unangenehm; unangenehm deshalb, weil ich einen Chef hatte, der sich unheimlich gut Zahlen merken konnte, und sobald ich mit einer richtigen Zahl daherkam, musste ich ihm auch noch erklären, warum die richtige Zahl von der vorläufigen abwich. Das ist unangenehm gewesen, okay, gut. Trotzdem muss ich sagen: Sie haben doch eine Schätzung gehabt, ob es eine Milliarde ist oder ob es zehn Milliarden sind.

(Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wir haben einen Doppelhaushalt von 120 Milliarden!)

Ich muss sagen: Ich fand mich ziemlich übergangen. Es bestand keineswegs ein Erfordernis, das so spät herauszugeben und sich so darzustellen, als wäre man in positiver Weise der große Wirtschaftler gewesen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Bei einem Doppelhaushalt von 120 Milliarden!)

Ich möchte noch zwei kleine Themen ansprechen, zunächst die Rolle des Obersten Rechnungshofs. Ich hatte schon bei der Diskussion im Haushaltsausschuss über den Obersten Rechnungshof angesprochen, dass ich seine Rolle etwas stärker sehen würde. Ich hätte gerne, dass er sich viel zeitnäher mit Projekten befassen würde. Manche Erkenntnisse des Obersten Rechnungshofs sind unbequem; das gebe ich zu. Aber vielleicht ist das ein gutes Zeichen. Manche Leute reagieren allergisch; manche tun Erkenntnisse fachlich ab. Ich meine, dass wir noch einiges tun sollten.

Mein letzter Punkt betrifft staatliche Hochbaumaßnahmen. Die stehen auch in diesem Einzelplan. Das ärgert mich im Haushaltsausschuss massiv: Wir bekommen dort immer wieder Vorlagen, die in einer unglaublichen Höhe das Budget überziehen. Hier müssen wir ein besseres Controlling einführen. Der Haushaltsausschuss hat es selbst auch gefordert. Ich finde es nicht hinnehmbar, was wir hier insbesondere dem bayerischen Staat und dem bayerischen Steuerzahler zumuten.

Sie sehen, ich habe versucht, eine konstruktive Rolle einzunehmen und mich nicht so sehr an den einzelnen Zahlen aufzuhalten. Diese haben wir in den vorherigen Sitzungen, in den Ausschüssen diskutiert. Ich diskutiere auch gerne ausführlicher, was ich mir an Spar- und Effizienzpotenzial noch vorstelle. Aber ich habe versucht, eine etwas konstruktivere Oppositionsrolle einzunehmen. Ich hoffe, es ist mir zur Zufriedenheit des Herrn Finanzministers gelungen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Dr. Kaltenhauser. – Als Nächster hat der Kollege Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion das Wort. Kollege Fackler, bitte kommen Sie ans Rednerpult.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Finanzminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern ist auf dem richtigen Kurs. Wir haben ein Ziel. Wir haben eine Strategie. Wir haben ein Konzept. Wir setzen das alles um, um Bayern noch liebenswerter und lebenswerter zu machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Denn Bayern ist unsere Heimat, ist unsere Zukunft. Dieser Haushalt liefert dafür das Programm, und ich sage: ein sehr gutes Programm, nämlich ein Zukunftsprogramm. Dieser Haushalt trägt eine bayerische Handschrift. Bayern ist auch ein Vorbild an Leistungsfähigkeit, an Effizienz und auch an Nachhaltigkeit. Ich möchte zusammen mit der CSU-Fraktion und der FW-Fraktion, dass wir das auch bleiben. Zu dem von unserem Ministerpräsidenten gestern verkündeten Überschuss von 4,2 Milliarden Euro muss man sagen: In vielen Haushalten sind Überschüsse die Regel. Wir können uns über solche Überschüsse freuen, weil sie letztendlich auch eine Zukunftsvorsorge für möglicherweise auch schwieriger werdende Zeiten sind. Wir brauchen so etwas, und deswegen ist es gut, dass der Ministerpräsident es entsprechend verkündet hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Personal: Die bayerische Steuerverwaltung arbeitet effizient, pragmatisch und ergebnisorientiert. Dies gilt selbstverständlich auch für die Vermessungsverwaltung, unsere Staatsverwaltung, auch für die Schlösser- und Seenverwaltung, die aus unserer Sicht über ausreichend Personal verfügt und bedarfsgerecht eingesetzt wird.

(Widerspruch des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Sie alle arbeiten zuverlässig, kompetent und motiviert, und sie machen diesen Staat handlungsfähig und innovativ. Sie alle schaffen Heimat. Unsere bayerischen Staatsbediensteten sind auf jeden Fall unverzichtbar für einen funktionierenden Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich sage deshalb ein ganz herzliches Dankeschön an unsere bayerischen Beamten und Tarifbeschäftigten für ihren wertvollen und tatkräftigen Einsatz zum Wohle eines glänzenden Bayerns. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es deshalb auch berechtigt, dass das Tarifergebnis wieder mal eins zu eins auf die Besoldung übertragen wird. Das ist nämlich echte Fürsorge, das ist echte Anerkennung der Arbeit unserer Staatsdiener. Das haben sie auch verdient. Ich bin glücklich, dass die entsprechenden Gelder im Haushalt schon einbezogen und berücksichtigt sind. Nur damit man das auch mal erfährt: Das sind 620 Millionen in 2019 und 1,2 Milliarden im Jahr 2020. Das ist eine klare Ansage. Ich sage unserem Finanzminister Albert Füracker ein ganz herzliches Dankeschön dafür, dass er wieder diese Richtung vorgibt und die Weichen richtig stellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Seit nunmehr rund zehn Jahren werden die Tarifergebnisse eins zu eins auf die Besoldung übertragen. Das macht kein anderes Bundesland. Besser kann es eigentlich auch nicht laufen für unsere Beamten und Tarifbeschäftigten. Ich war gestern beim BBB-Hauptausschuss und habe dort feststellen können, dass wir bei den bayerischen Staatsbediensteten eine gute Stimmung haben. Alle Fraktionen waren sich einig. Der Rolf Habermann war schon fast der Meinung, er müsste sich Gedanken machen. Aber ich glaube, das muss er definitiv nicht; denn dieser Haushalt sorgt dafür, dass die Staatsbediensteten auch zukünftig ordentlich bezahlt werden. Das ist Vorsorge. Deswegen meine ich, dieser Haushalt ist Champions-League-reif. Auf jeden Fall ist er für mich der beste Haushalt aller Zeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das sagen Sie doch jedes Jahr!)

– Nicht jedes Jahr, aber diesmal stimmt es.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) In neun von zehn Jahren!)

Ich sage auch: Bei diesem Haushalt gibt es kein Haar in der Suppe, auch wenn Sie danach suchen, auch nicht beim Thema Steuergerechtigkeit. Lieber Herr Güller oder auch Herr Pargent, da verbeißen Sie sich regelmäßig,

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Der Oberste Rechnungshof auch bald!)

aber zu Unrecht, wie ich finde. Bestehende Gesetze werden umgesetzt. Unser Credo in der Steuerverwaltung lautet: Vertrauen, Kontrolle, Ahndung.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Weniger ist mehr!)

Steuervollzug ist Gott sei Dank Ländersache. Glücklicherweise haben wir den Föderalismus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich der Finanzen werden keine Stellen abgebaut, sondern aufgebaut. Natürlich geht immer mehr und noch mehr. Wir haben aber zwischenzeitlich über 20.000 Stellen für Beamte, Arbeitnehmer und Auszubildende. Das müssen Sie anerkennen. Es gibt in diesem Bereich keine Versäumnisse. Seit 2009 gibt es 3.000 neue Stellen. Wir machen Rekordausbildung. Sie zeichnen ein verzerrtes Bild. Sie müssen die Tatsachen anerkennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Die Stellen sind ja besetzt!)

Ich möchte noch mal eins betonen: 2014 habe ich zum allerersten Mal das Gesetz vom sinkenden Grenzertrag in die Debatte eingebracht. Ich freue mich darüber, dass es der Kollege Pohl schon verinnerlicht hat.

(Heiterkeit)

Die Kollegen von der FDP haben es ebenfalls schon verinnerlicht, aber bei SPD und GRÜNEN dauert es anscheinend noch etwas.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lesen Sie bitte noch einmal nach. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das Gesetz vom sinkenden Grenzertrag dafür sorgt, dass wir eine effiziente Finanzverwaltung haben. Bayern ist bei der Effizienz der Steuerverwaltung auf Platz eins.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das Fackler-Gesetz!)

Das liegt auch daran, dass unsere Finanzbeamten wissen, wann, wo und was sie mit welcher Intensität prüfen müssen.

Herr Kollege Güller, Sie fragen immer nach dem Prüfungsturnus. Ich habe Ihnen schon mal gesagt: Fragen Sie mal nach der Anzahl der Null-Fälle. Es bedarf immer eines Anlasses, es bedarf immer einer Erforderlichkeit, denn sonst ist jede Prüfung sinnlos. Nicht der Turnus allein ist maßgebend, sondern das steuerliche Risiko.

(Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr gut!)

Das müssen Sie sich merken. – Konzerne werden im Übrigen lückenlos geprüft, weil es bei uns echte Effizienz und Praktikabilität gibt. Unser Credo lautet: So viel Kontrolle wie nötig, mit so wenigen Beamten wie möglich!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur organisierten Kriminalität: Hier kann ich nur darauf verweisen, dass wir extra eine Abteilung "Sonderkommission schwerer Steuerbetrug" eingerichtet haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich habe gedacht, das ist kein Problem!)

– Ja, damit auch die Probleme, die Sie erkennen, in jedem Fall angegangen werden können.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht genau zugehört!)



Ich möchte noch zwei weitere Punkte bringen. Wir bräuchten im Prinzip schon ein einfacheres Steuerrecht, aber die SPD stemmt sich da in Berlin ja immer ganz mächtig dagegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Warum wohl?)

– Warum wohl? – Ich sage nur mal: Thema Abgeltungsteuer: Die ist hier zwar nicht Thema – –

(Harald Güller (SPD): Weil wir den Millionären das Geld nicht hinterherwerfen wollen!)

– Nein, nein, das hat nichts mit Millionären zu tun. Die einzige Entbürokratisierung, die im Steuerrecht jemals stattgefunden hat, wird von Ihnen boykottiert und blockiert. Man muss das ganz klar sagen: Die beste Idee, die jemals ein SPD-Finanzminister hatte, wollen Sie jetzt wieder rückgängig machen. Da kann man nur sagen: Hände weg vom Instrument der Abgeltungsteuer. Da sind Sie auf einem absoluten Holzweg.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das war Schäuble, der gesagt hat, dass das wieder weg muss! Schreiben Sie mal den Schäuble an!)

– Leider! – Auch zur Grundsteuer muss man sagen, dass sich der Kollege Olaf Scholz hier ganz übel die Finger verbrennt; denn sein Vorschlag ist keine Vereinfachung, sondern nur eine Verkomplizierung. Sagen Sie mir doch mal, warum seit 1964 keine Einheitsbewertung mehr gemacht wurde. Warum wohl? – Weil das überflüssige Arbeit war; weil wir in der Finanzverwaltung gelebte Entbürokratisierung praktiziert haben. Weil wir gesagt haben: Das ist überflüssige Arbeit. Glauben Sie mir: Die bayerischen Beamten wissen ganz genau, was am allerbesten ist, was sinnlos ist und was effizient ist. Deswegen hat man das jetzt 55 Jahre lang nicht gemacht. Das ist doch Tatsache.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben gerade schon über das Gesetz vom sinkenden Grenzertrag gesprochen. Die Öffnungsklausel ist mehr als notwendig. Weniger Bürokratie, weniger Kleinteiligkeit, mehr Pauschalität, mehr Praktikabilität – das brauchen wir zur Entrümpelung des deutschen Steuerdschungels.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich kann nur hoffen, dass Olaf Scholz diesen Elfmeter letztendlich verwandelt und den Ball nicht in den Berliner Nachthimmel schießt. Andernfalls würde er mit seinem Elfmeter genauso unrühmlich in die Geschichte eingehen wie Uli Hoeneß 1976 in Belgrad.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das melde ich dem FC Bayern!)

– Das können Sie ihm gerne sagen, die freuen sich darüber.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Ich bin auch Bayern-Fan. – Ich glaube, zum Länderfinanzausgleich kann man nur sagen: Wir haben ihn neu und gut geordnet. Wir zahlen in Zukunft auch weniger. Das ist entscheidend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD)

Geehrter Kollege Güller, die Landesbank ist eine starke und erfolgreiche Bank. Sie macht Überschüsse, konsolidiert und hat gute Zahlen. Das Thema ist so alt, dass das, was Sie hier daherbringen, fast schon wieder neu ist.

(Harald Güller (SPD): Wir müssen da nichts mehr neu machen? Okay!)

– Nein, das müssen wir nicht mehr neu machen. – Wir machen eine Rekordausbildung. Auch das vergessen Sie regelmäßig. Die Zahlen sprechen hier für sich.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nur weil Sie sie runtergefahren haben!)

Wir kommen hier in eine neue Dimension

(Zuruf von der CSU: So ist das!)

2.500 Anwärter 2017, 2.700 Anwärter 2018, 3.100 Anwärter 2019. Das ist eine neue Dimension und ein starkes Zeichen. Unsere Hochschule für den öffentlichen Dienst leistet hier wirklich Großartiges. Auch dafür kann man nur Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ebenfalls vorbildlich läuft die digitale Erschließung. Auch hier kann man nur noch mal eins sagen: Das sind alles freiwillige Leistungen, die wir hier zur Verfügung stellen. Das sind 1,5 Milliarden Euro an freiwilligen Mitteln. Das müssen Sie erkennen, verstehen und anerkennen; denn das sind bemerkenswerte Leistungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zu hohe Erwartungen!)

Bayern ist ein Land mit Zukunft. Wir verbinden Kreativität mit Ideenreichtum und Flexibilität. Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand kommen nicht von alleine. Es müssen die richtigen Weichen gestellt werden. Das tut dieser Haushalt. Ich sage noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker und all seine Mitarbeiter im Finanzministerium für den besten Haushalt aller Zeiten. Wir stimmen diesem Haushalt auf jeden Fall zu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Großartige Wahlkampfrede!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Guten Morgen allerseits, hallo!

(Allgemeine Heiterkeit)

Das war ein fliegender Wechsel im Sitzungspräsidium. Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Kaltenhauser von der FDP das Wort.

(Widerspruch)

– Ach, er hat schon gesprochen? – Entschuldigung, das System hängt wieder. Dieses Ding hängt ab und zu. Jetzt hat Herr Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Ich fragte mich gerade schon, seit wann ich einen Dokortitel habe.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist gefährlich!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einem guten halben Jahr existiert ein bayerisches Digitalministerium. Trotzdem spreche ich heute hier zum Haushalt des Finanzministeriums. – Nein, ich habe mich nicht hierher verlaufen, sondern ich laufe gerade den Themen hinterher, die Sie nicht ins Digitalministerium gepackt haben. Dazu – man mag es kaum glauben – gehört auch die digitale Infrastruktur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Egal ob Breitband- oder Mobilfunkausbau, staatlich betriebene Rechenzentren, die Digitalisierung unserer Verwaltungsdienstleistungen, die Sicherheit unserer Kommunikationsinfrastruktur oder auch das Thema Cyber-Security – nichts davon ist im Aufgabengebiet des Digitalministeriums, sondern alles ist hier im Finanzministerium angesiedelt. Um das Chaos perfekt zu machen, sind diese Aufgaben dann auch noch ganz oder teilweise beim Wirtschaftsminister oder Innenminister angesiedelt. Deswegen mein Tipp an Herrn Söder, wenn er denn da wäre: Bringen Sie doch endlich Ordnung ins Chaos und bringen Sie die digitalen Themen auch beim Digitalministerium unter!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass sich die Digitalministerin Judith Gerlach wirklich kein bisschen für das Thema Digitale Infrastruktur interessiert, hat sie bei den Haushaltsverhandlungen wieder ganz klar gezeigt. Wenn ich von der bayerischen Digitalministerin im Haushaltsausschuss die Worte höre: Ich will mich um die großen Dinge der Digitalisierung und nicht um läppisches Kabelverbuddeln kümmern – ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, da frage ich mich schon, ob da nicht jemand seinen Job ganz klar verfehlt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Denn ohne funktionierende digitale Infrastruktur, ohne flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau sind wir in Bayern denkbar schlecht für die Herausforderungen der digitalen Zukunft aufgestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Ja, das ist aber beim Finanzministerium. Es ist schon spannend, dass offenbar nicht einmal Sie wissen, wo welche Digitalthemen drinstecken.

Autonomes Fahren, digitale Lieferketten, E-Government – all das funktioniert nicht, wenn wir kein Netz haben. Frau Gerlach hat vor Kurzem 50.000 digitale Klassenzimmer angekündigt. Sie sollte vielleicht selbst mal ausprobieren, wie es ist, mit dreißig Laptops an einer 6.000er Leitung zu hängen. Damit läuft nämlich kein flüssiges Surfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie schon nicht auf uns GRÜNE hören, dann hören Sie wenigstens auf Ihre Landrätinnen und Landräte, die noch – ich betone übrigens: noch! – mehrheitlich von CSU und FREIEN WÄHLERN sind. Diese haben sich nämlich erst in der letzten Woche mit einem klaren Appell und einer klaren Aufforderung an die Staatsregierung gewandt, endlich für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes zu sorgen. Noch immer ist mehr als die Hälfte der neu angeschlossenen Haushalte nur mit

30 Mbit/s versorgt. Der Anteil der Glasfaser liegt gerade mal bei 15 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz ehrlich: Das kann doch nicht die Zukunft sein. Das Problem am bayerischen Breitbandförderprogramm ist ja nicht die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel, sondern vor allem die Ausgestaltung des Programmes selbst. Noch immer wird vor allem die Wirtschaftlichkeitslücke gefördert. Betreibermodelle, wie wir sie schon mehrfach gefordert haben, sieht das Programm nicht vor. Jede Kommune bekommt maximal 950.000 Euro. Damit kommt man natürlich nicht weit, wenn man Glasfasern in jedes Haus legen möchte. Deshalb bauen Sie nur bis zum Verteilerkasten mit Glasfasern und dann mit veralteter Technologie, mit Kupferkabeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, Bayern hinkt im internationalen Vergleich hinterher. Das kann doch nicht der Anspruch sein. Kümmern Sie sich endlich um eine zukunftsfähige Infrastruktur!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Redner hat der Kollege Gerd Mannes von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag spricht die Staatsregierung darüber, die Verwaltung zu digitalisieren. Sie plant, ab Ende 2020 die 54 wichtigsten Anwendungen als Online-Service bereitzustellen.

Kontaktaufnahmen mit der bayerischen Verwaltung kosten die bayerischen Unternehmen finanzielle und personelle Ressourcen. Eine IHK-Umfrage zeigt, dass 72 % der Unternehmer ihre Verwaltungsleistungen, die den Staat und seine Ämter betreffen, online erledigen wollen. Dass beim Thema "Digitalisierung der Behörden" deutschlandweit und leider auch in Bayern Notstand herrscht, ist bekannt. Bisher verbindet man

einen Behördengang mit der Vorstellung von Schlangen vor Schaltern und Formularen in mehrfacher Ausfertigung.

Während andere europäische Länder wie Dänemark oder Estland schon eine einwandfrei funktionierende Infrastruktur in E-Government-Angeboten haben, möchte die Staatsregierung erst mal einen Laborversuch starten. Wir fragen uns, warum die Einführung des E-Governments so lange gedauert hat und die Ziele der Staatsregierung so wenig ambitioniert sind, dass man sie kaum verfehlen kann.

Ein Großteil der bayerischen Kommunen bietet Online-Services an. Die Umsetzung ist jedoch unterschiedlich fortgeschritten. Ein Selbstversuch in Günzburg zeigt, dass dort bisher 18 der 54 geplanten Verwaltungsdienstleistungen zur Verfügung stehen. Zum Vergleich: In Estland waren 50 digitale Verwaltungsleistungen schon vor zehn Jahren Standard. Heute, im Jahr 2019, sind es in Estland über 600 Verwaltungsabläufe.

Die Staatsregierung möchte Bayern also bis Ende 2020 auf den Stand von Estland in 2009 bringen. Wenn ein Land, das nicht mal 5 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, uns derart überholt, muss man sich schon fragen, weshalb die Staatsregierung in Bayern Gegenwartsthemen wie E-Government so schleifen lässt.

Wir sorgen uns um die Zukunft Bayerns. Um den Rückstand aufzuholen, hat die AfD mehrere Anträge zur Beschleunigung der Digitalisierung in den Kommunen und des E-Governments eingereicht. Uns geht es darum, die Kommunen mit der Schaffung der technischen Voraussetzungen zu unterstützen und die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen zu ermöglichen. Die dafür von uns veranschlagten Mittel sind angesichts des vorliegenden Rekordhaushalts bescheiden. Mit den vorgeschlagenen Investitionen könnte Bayern nicht nur seinen Rückstand aufholen, sondern auch den Bürokratieabbau vorantreiben.

Das könnte man sogar auf einer eigens dafür eingerichteten Seite im Internet nachlesen – wenn diese Seite nicht mit der 404-Fehlermeldung unerreichbar wäre. Leider

symbolisiert die nichtfunktionierende Seite die wenig ambitionierte Strategie der Staatsregierung.

Noch eine Bemerkung zum Breitbandausbau: Nach den Daten der OECD sind Deutschland und Bayern ein Glasfaserentwicklungsland. Fast nirgendwo in den Industriestaaten ist das schnelle Netz so unterentwickelt. Die Vereinbarung der Koalitionspartner in Bayern, alle Haushalte Gigabit-fähig zu machen, ist löblich, aber die Abdeckung mit High-Speed-Internet geht nur schleppend voran. Der ungenügende Ausbau der Mobilfunkversorgung entlang von Bahnstrecken ist genauso ärgerlich wie die vielen Orte ohne ausreichende Netzabdeckung. Das bayerische Förderprogramm über jährlich 20 Millionen Euro ist sinnvoll, könnte aber auch ambitionierter sein.

Wir bedauern, dass alle unsere Anträge abgelehnt wurden, und kritisieren die Staatsregierung für die behäbige und zögerliche Strategie zum Ausbau der Digitalisierung der Verwaltung in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als nächster Redner hat der Kollege Florian Ritter von der SPD das Wort.

**Florian Ritter (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Grundlagen des deutschen Steuerrechts sind, zumindest was die Einkommensteuer betrifft, von ihrer Systematik her durchaus gerecht. Das Prinzip bei der Einkommensteuer lautet: Die Schwachen müssen weniger, die Starken mehr zahlen und mehr beitragen zum Funktionieren des Gemeinwesens. Von daher bedanken wir uns natürlich auch bei allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die ehrlich ihrer Verantwortung nachkommen und dazu beitragen, dass die Kommunen, der Freistaat und der Bund ihren Pflichtaufgaben und auch ihren freiwilligen Leistungen nachkommen können.



Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund ist es aber auch populistisch und verlogen, den Wählerinnen und Wählern zu erzählen, man könne ständig die Steuern nur reduzieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das tut man doch gar nicht. Das ist verlogen!)

Die Konjunktur schwächt sich ab. Das ist an sich noch keine Katastrophe, erfordert aber von der Politik umsichtiges Handeln und Weitblick bei den Entscheidungen. Die Reaktion des Ministerpräsidenten auf die sich abschwächende Konjunktur ist aber: Er fordert milliardenschwere Steuerreduzierungen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schröder hat in der Krise Steuern gesenkt!)

und zwar noch nicht mal für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern vor allem für die Spitzenverdiener, weil er auch für die oberen 10 % der Einkommen den Solidaritätszuschlag abschaffen will. Gerade mal zehn Jahre nach der massivsten Reduzierung der Unternehmensbesteuerungen – die Körperschaftsteuer wurde um 10 % abgesenkt – fordert er eine erneute Reduzierung. Sie können sich ausrechnen, wie viele Unternehmenssteuern Sie dann noch in 30 Jahren haben, wenn Sie so weitermachen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Mehr, weil die Konjunktur anspringt!)

Dann sind Sie nämlich bei Null. Kolleginnen und Kollegen, Irland hat bei der Unternehmensbesteuerung einen Schäbigkeitswettbewerb in der Europäischen Union eingeläutet, mit dem bekannten Ergebnis.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und Griechenland erhebt keine! )

Wir brauchen aber keine Weiterführung dieses Schäbigkeitswettbewerbs bei den Unternehmenssteuern, sondern wir brauchen in diesem Bereich gesamteuropäische Grundsätze.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schäbigkeit!)

Diese Koalition – ich denke, das haben die Debatten über die Steuerreduzierungen, aber auch die Debatten über den Haushalt gezeigt – ist in erster Linie eine Koalition der Steuergeschenke für die Reichen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Steuergeschenke für die Reichen?)

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es eine Koalition der Sonntagsarbeit und des Zwölf-Stunden-Tags.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zwölf-Tage-Woche!)

Von daher findet dieser Haushalt auch nicht unsere Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nun erteile ich dem Staatsminister für Finanzen und Heimat, Herrn Kollegen Albert Füracker, das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Liebe Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich danke zunächst für die Debatte in den letzten Tagen. Es geht ja um unseren Staatshaushalt, das Wichtigste, was ein Parlament beschließen darf und kann. Er stellt letztlich die Grundlage für unsere Arbeit dar, dafür, was im Land unter welchen Bedingungen geschieht, wie viel geschieht und wie schnell. Ich fand die Debatte jedenfalls – ich habe fast jede Minute verfolgt – jederzeit spannend, wenn auch manchmal erwartbar, mit vielen reflexartigen Vorwürfen, die also sozusagen schon in die Diskussionen und Vorbereitungen eingepreist sind.

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig, dass alles, was wir hier im Haushaltsbereich tun, hochseriös und nachvollziehbar ist und dem entspricht, was erwartet wird. Deswegen weiß ich auch um alle Emotionen und den Versuch, irgendetwas zu finden, was man am Haushalt aussetzen kann. Daran wird festgemacht, dass Bayern deshalb wahrscheinlich in der nächsten Zeit untergehen wird.

(Heiterkeit bei der CSU)

Von einigen wurde der Eindruck erweckt, dass der Steuervollzug in Bayern dazu führen werde, dass Bayern untergeht. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in Bayern einen hervorragenden Steuervollzug haben. Wir haben einen gerechten Steuervollzug, der in der letzten Zeit viel Verbesserung erfahren hat. Herr Pargent, die Prüffeststellungen des ORH werten Sie als Beanstandungen. Wenn uns der ORH im Hinblick auf den Steuervollzug Empfehlungen gibt, werte ich das durchaus positiv. In Zusammenarbeit mit dem ORH sind Fortentwicklungen vorgenommen worden. Der Eindruck, der ORH habe Verfehlungen kritisiert, ist nahezu grotesk. Grundlage für die Empfehlungen ist nicht Geldverschwendung, sondern die Überlegung, wie man den Steuervollzug fortentwickeln kann. An dieser Stelle habe ich überhaupt kein Problem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen für die konzentrierte politische Sacharbeit zu danken. Ich danke insbesondere dem Haushaltsausschuss. Es sind 16 Haushaltspläne, 249 Kapitel und 16.500 Titel beraten worden. Die Fraktionen haben den Haushalt in sehr kurzer Zeit im Haushaltsausschuss beraten. Jetzt kann schon die Endberatung stattfinden. Das war insgesamt eine große Herausforderung und eine große Leistung, für die ich ausdrücklich danke. Damit der Haushalt bald Gültigkeit erlangen kann, haben wir bereits kurz nach den Koalitionsverhandlungen einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der im Haushaltsausschuss sehr schnell beraten werden konnte.

Lieber Josef Zellmeier als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und liebe Frau Köhler als Stellvertreterin, gemeinsam mit den Mitarbeitern meines Hauses, der Fraktionen und des Landtagsamtes ist es euch gelungen, diesen Rekordhaushalt in einer Rekordzeit vorzulegen. Das muss man auch einmal sagen. Dafür danke ich Ihnen sehr.

(Allgemeiner Beifall)

Viele Redner haben auch gesagt, dies sei ein Haushalt der Superlative. Wolfgang Fackler, das stimmt. Du hast gesagt, es sei der beste Haushalt aller Zeiten. Diese positive Kritik nehme ich an.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Er ist mit Sicherheit einer der Besten. Ich kann Ihnen sagen, dass nicht nur bei den Ausgaben ein Rekordniveau erreicht worden ist, sondern auch bei den Maßnahmen. Entscheidend ist nicht, ob wir möglichst viele oder möglichst wenige Ausgaben haben. Entscheidend ist, was wir damit tun. Wir investieren. Meine Damen und Herren, das ist eine Botschaft, die man gar nicht oft genug betonen kann. Es wird immer der Eindruck erweckt, in Bayern würden wir uns nur um uns selbst drehen. Ich kenne die Argumente alle. Sie wurden schon x-mal im Haushaltsausschuss genannt.

Dazu zählt der Vorwurf, wir hätten in der Steuerverwaltung zu wenige Damen und Herren beschäftigt. Seit dem Jahr 2009 haben wir fast 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Mit 3.100 Auszubildenden haben wir im Moment so viele Auszubildende wie noch nie. Ich könnte Ihnen eine Viertelstunde lang Zahlen vorlesen, die zeigen, wie sich das entwickelt hat. Ein ewiger Vorwurf lautet, dass nicht alle der rund 16.000 Stellen besetzt würden. Meine Damen und Herren, ich muss auch für Menschen, die sich beispielsweise im Mutterschaftsurlaub befinden, eine Stelle freihalten. Soll ich einer jungen Frau, die sich im Moment im Mutterschaftsurlaub befindet und beim Finanzamt beschäftigt war, sagen: Für dich haben wir keine Stelle, weil sie im Landtag gesagt haben, dass alle 16.400 Stellen jeden Tag immer korrekt besetzt werden müssen, diejenigen, die gerade ein Kind kriegen, dürfen nicht mehr zurückkommen? – Wo ist da eigentlich die Logik?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Absurder geht es nicht, Herr Finanzminister!)

Seien Sie doch einmal vernünftig. Alle Stellen in der Steuerverwaltung sind besetzt. Sie sind in den letzten Jahren kontinuierlich mehr geworden. Wir bilden weiter aus. Machen Sie sich keine Sorgen. Unsere Steuerverwaltung hat höchste Qualität.

Die Mehrergebnisse unserer Steuerprüfer in Bayern sind im Vergleich zu allen anderen Bundesländern geradezu sagenhaft. Das wurde heute schon einmal angesprochen. Mehr Steuerprüfung bedeutet nicht automatisch mehr Einnahmen. Ich erhalte die ganze Woche zahlreiche Briefe von denjenigen, die sich schützend vor Gastronomen, Landwirte, Handwerker und kleine Betriebe stellen. In den Briefen steht: Die Steuerverwaltung sollte doch bitte nicht bei Gastronomie, Handwerk, Landwirten und bei kleinen Betrieben auftauchen und die Menschen, die vor Ort Dienst in ihren Betrieben leisten, ärgern. Lieber Herr Pargent, gehen Sie doch einmal auf die Veranstaltung des GastroFrühlings. Dort waren auch Vertreter Ihrer Partei, die geradezu frenetisch geklatscht haben, als die Präsidentin dort erwähnt hat, dass die bayerische Steuerverwaltung doch viel zu genau hinschaue. Ich weiß jetzt gar nicht mehr, was ich machen soll.

Ich möchte, dass unsere Steuerverwaltung korrekt arbeitet und korrekt mit Menschen umgeht, wenn sie Prüfungen vornimmt. Selbstverständlich soll sie die Menschen nicht ärgern, sondern ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen. Unsere Steuerverwaltung arbeitet top. Ich stehe hinter ihr. Wir werden sie weiter stärken. Ich war bei der bfg und beim Beamtenbund. Ich bin ständig im Gespräch. Überall ist der Tenor positiv, keineswegs so wie im Landtag. Seit Jahren wird hier reflexartig immer wieder dieses eine Argument genannt.

Ich sage Ihnen eines. Lieber Herr Pargent, wenn Ihnen zum Einzelplan 06 des Haushalts nichts anderes einfällt als die Frage nach dem Steuervollzug und die Ermahnungen des ORH zur Vorgehensweise im Steuervollzug, ist das eigentlich gar nicht schlecht. Wenn Sie beim Rest mit mir übereinstimmen, freue ich mich sehr darüber.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mehrere Redner haben wieder das Thema Steuer angesprochen. Was sollen wir denn noch erklären? – Ich weiß gar nicht, wie oft diese ideologischen Debatten noch stattfinden müssen. Manche Herrschaften glauben, je höher der Steuersatz ist und je mehr wir den Unternehmen und Menschen aufbürden, desto höher werden die Steuereinnahmen sein. Herr Ritter hat gerade gesagt, wenn die Unternehmenssteuer nochmals gesenkt werde, werde es in Zukunft keine Steuereinnahmen mehr geben. Vor zehn Jahren seien sie so stark gesenkt worden wie noch nie. Jetzt haben wir die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Sie haben doch das Gegenargument gleich mitgeliefert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Wir müssen das Geld bei den Menschen lassen. Dieser Staat hat noch nie so viele Steuern eingenommen wie im Moment. Wir müssen schauen, dass mehr Geld bei den Damen und Herren bleibt, die dieses Geld erwirtschaften. Noch besser als die Abgeordneten wissen die Menschen selbst, was sie mit ihrem Geld zu tun gedenken, ob sie investieren oder konsumieren. Darüber sollen diejenigen entscheiden, die das Geld erarbeiten. Wir müssen nur das nehmen, was wir dringend brauchen. Wenn wir die Leistungsträger dieser Gesellschaft weiter bei Laune halten wollen, müssen wir Steuern senken. Wir müssen das Geld bei denjenigen lassen, die es erwirtschaften, bei denen, die jeden Tag um fünf in der Früh aufstehen, und bei denen, die investieren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Das Groteske des Tages war die Forderung nach einer Entbürokratisierung im Steuerrecht. Herr Pargent, gleichzeitig haben Sie uns erklärt, dass wir bei der Grundsteuer endlich aufhören sollten, den Föderalismus zu leben. Jetzt sage ich Ihnen einmal was: Erst haben Sie gesagt, wir hätten zu wenige Steuerbeamte. Dann haben Sie gesagt, wir hätten zu viel Bürokratie. Schließlich lehnen Sie den Vorschlag des Freistaats Bay-

ern zur Grundsteuer ab, weil Sie Sorge haben, diese 16-mal zu vollziehen. Ich will das gar nicht 16-mal vollziehen. Ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn der bayerische Vorschlag zum Bundesgesetz von Herrn Scholz wird. Unser Vorschlag sah von Anfang an genau das vor: Wenig Bürokratie, wenige zusätzliche Steuerbeamte und ein gerechter Vollzug. Sie wollen doch nur aus der Grundsteuer eine Vermögenssteuer ableiten. Das ist doch Ihr Ziel. Es ist ein linkes Ziel, Steuern zu erhöhen – immer das Gleiche.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Schließlich bin ich noch aufgefordert worden zu sparen. Ich habe mir einmal angeschaut, was die GRÜNEN die letzten Jahre im Haushaltsausschuss beantragt haben. Sie werfen uns vor, wir entnähmen zu viel aus der Rücklage. Wir planen, 3,6 Milliarden aus der Rücklage zu entnehmen. Mit Ihrem Konzept planen Sie eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Die 800 Millionen von Audi wollten Sie auch noch verplanen. Das liegt mir so vor. Im Vergleich zu dem, was wir tun, weiß ich nicht, wo Ihre Einsparung ist. Seriöse Haushaltspolitik heißt: Wir müssen auf Basis der Steuerschätzung kalkulieren, was wir tun können und was nicht. Dann kommen all diejenigen, die genau wissen, dass der Finanzminister vor einem Vierteljahr, vor einem halben Jahr oder an Weihnachten hätte wissen müssen, wie und was zu tun ist. Meine Damen und Herren, ich sage das Folgende an all diejenigen, die glauben, das wäre zu spät, zu früh oder zu unseriös: Erstens sage ich nur etwas, wenn ich etwas weiß, und zwar belastbar weiß, weil genau diejenigen, die mir heute vorwerfen, ich hätte nichts gesagt, mir dann vorwerfen würden, ich hätte zu früh etwas gesagt, ohne es genau zu wissen. Ich habe am 4. April mein Schreiben zum Haushaltsvollzugsbericht 2018 an den Landtag geschickt. Da steht wahrheitsgemäß drin, was ich sagen konnte und dass ich noch mit den Haushaltsresten beschäftigt bin. Da brauche ich mir von niemandem vorwerfen lassen, ich hätte den Landtag zu spät informiert. Meine Damen und Herren, Haushaltsreste mit all den Ministerien zu verhandeln, ist nicht ganz so

banal. Das ging, glaube ich, noch nie so schnell wie in diesem Jahr. Wir haben uns beeilt.

Ich wusste auch: Vor der Behandlung im Landtag kommt noch mal eine Steuerschätzung. In Wahrheit war es doch so: Auf Basis dessen, was monatelang erzählt wurde – "Die nächste Steuerschätzung wird das Chaos bringen" –, haben Sie alle Ihre Reden geschrieben, die da lauteten: Jetzt muss der Füracker mal erklären, wo er die Millionen alle spart. Doppelhaushalt schlecht kalkuliert. – Das war es doch!

Dann war die letzte Woche Steuerschätzung. Ich kann doch nicht eine Haushaltsplanung vornehmen, bevor ich nicht die entscheidende Steuerschätzung habe, und das auch noch in einer Weise öffentlich darstellen, dass ich hinterher, acht Tage später alles zu revidieren habe. Jetzt ist die Steuerschätzung so, wie wir unseren Haushalt geplant haben. Das ist für mich die entscheidende Botschaft, meine Damen und Herren. Wir konnten uns bei der Steuerschätzung vom Bundestrend abkoppeln. Wir sind als Bundesland weiter stark. Wir haben keine so stark zurückgehenden Steuereinnahmen wie der Bund selbst, im Gegenteil: Wir können 2019 und 2020 sogar davon ausgehen und darauf hoffen, dass wir ein paar Euro mehr einnehmen. Das ist eine wunderbare Botschaft!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, diese Botschaft basiert auf einer seriösen Planung. Deswegen können wir investieren. Die Bildung, die Sicherheit – das haben wir alles hier diskutiert. Das sind großartige Aufgaben. Überall Rekorde: Die Kommunen – heute haben wir noch den Einzelplan 13 und das FAG, die Familienleistungen, die Pflege – ich will das hier nicht alles aufwärmen. Aber zeigen Sie mir mal ein Land, wo diese Möglichkeiten gegeben sind, und zwar ohne dass wir unseren Haushalt in einer Weise belasten, dass er nicht zukunftsfähig wäre. Ich freue mich über jeden Euro, den wir mehr einnehmen, als zunächst geplant war. Ich freue mich über die Wirtschaftskraft in



diesem Land und die Dynamik im Bereich der Investitionen in der Wirtschaft. Deswegen sind wir handlungsfähig.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch erwähnen, dass wir auch im Bereich der Heimat noch vieles tun können. Da werde ich dann hier wie alle Jahre belehrt, was beim Breitbandausbau stattfindet oder nicht stattfindet. Anstatt zur Kenntnis zu nehmen, wie die Situation vor Ort beurteilt wird, anstatt zur Kenntnis zu nehmen, wie andere Bundesländer dieses Problem angegangen sind, und anstatt zu verstehen, dass in diesem Bereich niemand mehr leistet als der Freistaat Bayern, wird hier jedes Jahr reflexartig erklärt, schnelles Internet sei erst dann gegeben, wenn in jedem Haus ein Glasfaseranschluss ist. Meine Damen und Herren, wissen Sie, zuständig dafür – das sage ich den Freunden von der FDP; gestern habe ich von ihnen gehört, wir müssen mehr privatisieren – sind die Telekommunikationskonzerne in Deutschland. Die machen auch viel. Aber die machen das nur dort, wo es sich lohnt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) – Zurufe von den GRÜNEN)

Als Zweiter ist der Bund zuständig. Der Bund hat ein Breitbandförderprogramm aufgelegt, als wir in Bayern schon 30.000 Kilometer Glasfaserleitung eingebuddelt gehabt hatten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Mittlerweile haben wir durch das bayerische Förderprogramm 47.000 Kilometer Glasfaser in Bayern ausgeschrieben und in Bau.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wer war dafür zuständig?)

47.000 Kilometer! Das bayerische Breitbandförderprogramm hat keinen einzigen Meter Kupferleitung gefördert. Beim bayerischen Breitbandförderprogramm kann man seit 2014 Glasfaser entweder bis zum Kabelverzweiger bauen oder bis ins Haus. Das entscheidet ausschließlich die Kommune.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Das passiert aber nur bei 50 %!)

Ob Sie schon jemals außerhalb von München so viele kleine Kommunen besucht haben und sich um den Breitbandausbau dort gekümmert haben wie ich, weiß ich nicht. Ich jedenfalls kenne die Situation vor Ort genau. Selbst bei den Glasfaserleitungen bis ins Haus sind wir in Bayern das Flächenland mit der zweithöchsten Anschlussrate aller Gebäude. Die zweithöchste!

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Hören Sie halt zu! Ich habe Ihnen doch auch zugehört! – Im ländlichen Raum hatten wir vor fünf Jahren 27 % der Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Mittlerweile haben wir 82 %. Wir sind Spitze in ganz Deutschland. Das haben wir durch unser Förderprogramm geschafft, das Sie schlechtgeredet haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das geht weiter, weil wir die Digitalrichtlinie, die Glasfaser-richtlinie fortschreiben. Wir sind die Einzigen in Europa, die überhaupt von der Europäischen Union jetzt schon eine Notifizierung für ein Breitbandförderprogramm bekommen haben, das dort fördern darf, wo es schon 30 Mbit/s gibt.

Ich weiß nicht, ob Sie sich damit jemals schon beschäftigt haben. Wir werden unsere Richtlinie jetzt einreichen, damit wir kurzfristig überall fördern dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gibt. Da sind wir mit unserem Förderprogramm nicht nur in Bayern und in Deutschland Trendsetter, sondern auch in ganz Europa die Allerersten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Dass eine Steuerverwaltung eine sehr digitale Verwaltung ist, scheint auch noch nicht jeder verstanden zu haben.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Da drüben!)

Dass wir bei der Steuerverwaltung in der Umsetzung der Digitalisierungsprojekte im Bereich Verwaltung an der Spitze aller Verfahren stehen, müsste eigentlich jeder langsam wissen. Dass unsere Rechenzentren zum Beispiel unmittelbar mit der Steuerverwaltung verbunden sind, ist ein Hintergrund, den nicht jeder wissen kann. Deswegen erkläre ich es hier. Dass wir auch für Datensicherheit für die staatlichen Netze sorgen müssen, ist ein Hintergrund, den jeder wissen müsste. Aber es scheint nicht so zu sein. Deswegen sage ich es noch mal. Deswegen haben wir in unserer Verwaltung und in unserem Haushalt im Bereich Datennetze, Datensicherheit und Verwaltung digitaler Verfahren einen Vorsprung im Vergleich zu anderen Bundesländern, der sagenhaft ist. Wir haben im Bereich der Steuerverwaltung Kooperationen mit anderen Bundesländern, wo die auf uns zukommen und fragen: Wie macht ihr das in Bayern? – Die einzige Kritik, die Sie daran haben, besteht darin, zu monieren, dass das Ganze im Finanz- und Heimatministerium läuft und nicht im Digitalisierungsministerium. Wenn Sie nicht mehr Kritik haben, halte ich es aus. Hauptsache, es funktioniert, und es funktioniert hervorragend, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Förderrichtlinie für das digitale Rathaus ist fertig. Wir werden dieses Förderprogramm auf den Weg bringen, sobald der Haushalt uns die Möglichkeiten gibt. Mit dem heutigen Tag hoffe ich, dass die "haushaltsfreie Zeit" in Bayern ein Ende nimmt. Das könnten Sie bewerkstelligen, indem Sie hier zustimmen und unseren Haushalt dadurch in Gänze würdigen. Meine Damen und Herren, auch wenn überall noch irgendwo ein Haar in der Suppe gefunden werden könnte: Nennen Sie mir bitte ein Land oder eine Region in Europa, wo mit so stabilen Haushaltszahlen aufgewartet werden kann, dass man sich bei Haushaltsberatungen darüber unterhält, wann der Finanzminister was gesagt hat und ob er es nicht eine Woche früher oder später hätte sagen können, wollen, sollen, müssen, ohne zu akzeptieren, dass ich Briefe schreibe,

wo alles drinsteht. Ohne die Briefe zu lesen, überlegt man sich hier, was man tun kann.

Ich bin dankbar, dass wir in so einem wunderbaren Land leben dürfen. Ich bin dankbar, dass unsere Wirtschaft so stabil ist. Wir wissen, dass die Prognosen der Bundesregierung und der Experten für die nächsten Jahre nicht mehr ganz so optimistisch sind. Aber, meine Damen und Herren, es ist doch keine Rezession vorhergesagt, sondern es sind nicht mehr ganz so schnell steigende Steuereinnahmen vorhergesagt. Anstatt dieses Land jeden Tag schlechtzureden, jeden Tag Leitindustrien in den Müll zu treten und zu erklären, wir hätten furchtbare Autos und wären überall hinten dran, bei uns auf dem Land läuft digital nichts und uns schon fast dafür zu entschuldigen, wie schlecht es in Deutschland ist, meine Damen und Herren, müssen wir darüber nachdenken, was wir politisch dazu beitragen können, damit wir die Stabilität, die wir jetzt haben, erhalten können und durch Wachstum in diesem Land wieder Steigerungsraten in den Einnahmen erzielen. Das muss unser Ziel sein. Dafür eignet sich der Haushalt hervorragend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke sehr. Die Einnahmen werden klug verwendet. Unsere Ausgaben werden in der Weise getätigt, wie wir sie brauchen, um die Zukunft zu gewinnen. Überall dort, wo wir noch Defizite verspüren, sind wir längst auf dem Weg, arbeiten daran und verbessern uns jeden Tag – das dürfen Sie mir glauben. Das ist Bayern. Wir sind gut, wir sind spitze.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir verbessern uns jeden Tag.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung zu-

grunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/629 mit 18/631, 18/682 mit 18/688, 18/731 und 18/732, 18/770, 18/895 und 18/896 sowie 18/946 und 18/947 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1769.

Vorab ist über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion in namentlicher Form und dann über die drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau" auf Drucksache 18/895, wie beantragt, in namentlicher Form abstimmen. Die Urnen für die Stimmabgabe stehen bereit. Damit kann begonnen werden. Fünf Minuten haben wir Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 10:41 bis 10:46 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Es folgen nun drei weitere Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen deshalb, sich wieder auf ihre Plätze zu begeben, weil die Abstimmung in einfacher Form stattfindet und wir die Mehrheitsverhältnisse feststellen müssen.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle drei Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der AfD betreffend "Förderung des Erhalts traditioneller Vereine" auf Drucksache 18/683. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die restlichen Fraktionen sowie Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD betreffend "Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung von Gemeinden und Gemeindeverbänden" auf Drucksache 18/687. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle weiteren Fraktionen und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Änderungsantrag der AfD auf Drucksache 18/688 betreffend "Förderung eGovernment" abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle weiteren Fraktionen und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Die Sitzung muss jetzt leider unterbrochen werden, bis die fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ausgezählt haben.

(Unterbrechung von 10:48 bis 10:49 Uhr)

Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht um den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau" auf Drucksache 18/895: Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 97 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1769 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der

CSU und der FREIEN WÄHLER sowie Herr Kollege Swoboda (fraktionslos) und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP und die AfD. Zur Sicherheit: Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt wie immer vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen bis auf die AfD sowie die Kollegen Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen! – Die AfD-Fraktion. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1769 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/946 und 18/947 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

Bevor ich nun den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich darauf hinweisen – damit Sie rechtzeitig planen können –, dass wir nach dem nächsten Tagesordnungspunkt eine halbe Stunde Mittagspause eingeplant haben.



## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 16: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau (Kap. 06 01 Tit. 536 03) (Drucksache 18/895)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X		
<b>Adjei</b> Benjamin	X		
<b>Aigner</b> Ilse		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert			
<b>Arnold</b> Horst			
<b>Aures</b> Inge			
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X	
<b>Bauer</b> Volker		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bayerbach</b> Markus	X		
<b>Becher</b> Johannes	X		
<b>Becker</b> Barbara		X	
<b>Beißwenger</b> Eric		X	
<b>Bergmüller</b> Franz	X		
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Böhm</b> Martin	X		
<b>Bozoglu</b> Cemal	X		
<b>Brannekämper</b> Robert		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
von <b>Brunn</b> Florian	X		
Dr. <b>Büchler</b> Markus	X		
<b>Busch</b> Michael	X		
<b>Celina</b> Kerstin	X		
Dr. <b>Cyron</b> Anne	X		
<b>Deisenhofer</b> Maximilian	X		
<b>Demirel</b> Gülseren	X		
<b>Dorow</b> Alex			
<b>Dremel</b> Holger		X	
<b>Dünkel</b> Norbert		X	
<b>Duin</b> Albert	X		
<b>Ebner-Steiner</b> Katrin	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eibl</b> Manfred		X	
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute			
<b>Eisenreich</b> Georg			
<b>Enders</b> Susann		X	
<b>Enghuber</b> Matthias		X	
<b>Fackler</b> Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Faltermeier</b> Hubert		X	
<b>Fehlner</b> Martina	X		
<b>Fischbach</b> Matthias	X		
<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Flisek</b> Christian	X		
<b>Franke</b> Anne			
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Friedl</b> Hans		X	
<b>Friedl</b> Patrick	X		
<b>Fuchs</b> Barbara	X		
<b>Füracker</b> Albert		X	
<b>Ganserer</b> Markus (Tessa)	X		
<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Graupner</b> Richard	X		
<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Häusler</b> Johann		X	
<b>Hagen</b> Martin	X		
Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo	X		
<b>Halbleib</b> Volkmar			
<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Haubrich</b> Christina	X		
<b>Henkel</b> Uli	X		
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim			
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang	X		
<b>Hierneis</b> Christian	X		
<b>Hiersemann</b> Alexandra			
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Högl</b> Petra		X	
<b>Hofmann</b> Michael		X	
<b>Hold</b> Alexander		X	
<b>Holetschek</b> Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Huber</b> Thomas			
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
Dr. <b>Kaltenhauser</b> Helmut	X		
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Karl</b> Annette			
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Klingen</b> Christian	X		
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Körber</b> Sebastian	X		
<b>Kohler</b> Jochen		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Kurz</b> Susanne	X		
<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Löw</b> Stefan	X		
Dr. <b>Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer		X	
<b>Magerl</b> Roland	X		
<b>Maier</b> Christoph	X		
<b>Mang</b> Ferdinand	X		
<b>Mannes</b> Gerd	X		
<b>Markwort</b> Helmut	X		
Dr. <b>Mehring</b> Fabian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin		X	
<b>Monatzeder</b> Hep	X		
Dr. <b>Müller</b> Ralph			
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Nussel</b> Walter		X	
Dr. <b>Oetzinger</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			
<b>Pargent</b> Tim	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			
<b>Pittner</b> Gerald		X	
<b>Plenk</b> Markus		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
<b>Radler</b> Kerstin		X	
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Regitz</b> Barbara		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sandt</b> Julika	X		
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Schiffers</b> Jan	X		
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin			
<b>Schuberl</b> Toni	X		
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Seidl</b> Josef			
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Siekmann</b> Florian	X		
<b>Singer</b> Ulrich	X		
<b>Skutella</b> Christoph	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula	X		
Dr. <b>Spitzer</b> Dominik	X		
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stadler</b> Ralf	X		
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Stolz</b> Anna		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Stümpfig</b> Martin			
<b>Swoboda</b> Raimund			X
<b>Tasdelen</b> Arif			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Toman</b> Anna	X		
<b>Tomaschko</b> Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Urban</b> Hans			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland		X	
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Winter</b> Georg			
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	74	97	1

## Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 16

### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Ausbildung für die Finanzverwaltung verstetigen  
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)  
Drs. 18/731
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Keine Stellenkürzung in den Finanzämtern  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 18/732
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Kürzung der Ausgaben für sonstige Veröffentlichungen  
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)  
Drs. 18/682
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Förderung des Erhalts traditioneller Vereine  
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)  
Drs. 18/683
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Förderung von Breitbanderschließung  
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)  
Drs. 18/684
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Kürzung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit  
(Kap. 06 21 Tit. 531 60)  
Drs. 18/685
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Förderung des BayernPortals  
(Kap. 06 50 Tit. 526 76)  
Drs. 18/686
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung von Gemeinden und Gemeindeverbänden  
(Kap. 06 50 Tit. 633 76)  
Drs. 18/687
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Förderung eGovernment  
(Kap. 06 50 neuer Tit.)  
Drs. 18/688

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Breitbanderschließung und freies WLAN (BayernWLAN)  
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)  
Drs. 18/629
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern  
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)  
Drs. 18/630
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen personell stärken  
(Kap. 06 16 Tit. 428 01)  
Drs. 18/631
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Verbesserung der Studienbedingungen im Fachbereich Finanzwesen (Herrsching am Ammersee und Kaufbeuren) der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern  
(Kap. 06 14 Tit. 511 01 und 511 22)  
Drs. 18/770
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau  
(Kap. 06 01 Tit. 536 03)  
Drs. 18/895
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: Planmäßige Beamte  
(Kap. 06 15 Tit. 422 01)  
Drs. 18/896